

Entscheidung des Autors, diesen 1994 zu beenden, überzeugt nicht. Gerade aufgrund der stets stark gemachten Gegnerschaft Konservativer gegenüber angeblichen neulinken Eliten nach 1968 wäre zumindest 1998, als deren Studenten als rot-grüne Bundesregierung ins Herz des bundesrepublikanischen Staates vorstießen, ein besserer Schlusspunkt gewesen, wenn nicht im Gegenzug für einen gestrafften Mittelteil gar 2005. Man muss das aber nicht als Versäumnis sehen, sondern kann das Buch als Denkanstoß verstehen, die Ideengeschichte des bundesrepublikanischen Konservatismus als eine Vorgeschichte unserer umkämpften Gegenwart weiterzudenken.

Kevin Lenk (Berlin)

Book, Carina, Nikolai Huke, Norma Tiedemann u. Olaf Tietje (Hg.), *Autoritärer Populismus*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2020 (189 S., br., 22 €)

Der mittlerweile 11. Sammelband der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung geht auf eine 2018 in Hamburg veranstaltete Tagung zurück, umfasst ausgewählte empirische Fallstudien und ist in drei Kapitel (Transformationen des Staates und seiner demokratischen Form, Der Antifeminismus im autoritären Populismus, Autoritärer Neoliberalismus als Klassenkampf von ›oben‹) gegliedert, denen jeweils kontextualisierende Einleitungen vorangestellt sind. Die Hg. erachten die »Grenzen liberaler Demokratie, die Ohnmachterfahrungen zur Folge haben« (12), als zentrale Bedingung für den Aufstieg des autoritären Populismus. Dieser stelle »progressive Effekte liberaler Demokratie in Frage« (9), versuche die »repressiven Elemente der Kompromisse in liberalen Demokratien [...] auszuweiten« (ebd.) und zielen auf eine hierarchische und von Diskriminierung geprägte Gesellschaft (17).

Axel Gehring konzentriert sich in seiner hegemonietheoretischen Analyse zur Krise des autoritären Populismus in der Türkei auf das »Konservative Demokratie« genannte Projekt der AKP, die »die sozioökonomische Agenda der neoliberalen Putschisten [von 1980] vertiefte« (44) und der es bis zu den Gezi-Protesten im Mai 2013 gelang, sich in einem »kulturalistisch gefärbte[n]« (46) Diskurs als Antipode zum »kemalistische[n] Establishment« (40) zu behaupten. Mit der Niederschlagung der Proteste zerbrach das Anti-Establishment-Image; die auch durch den Putschversuch von Juli 2016 verstärkte Krise manifestierte sich und die AKP-Politik begann, »Züge eines Faschisierungsprozesses« (47) zu tragen (Einbindung von Sympathisanten in die staatliche Repression, dezisionistische Regierungspraxis, auf den Präsidenten zugeschnittene Verfassung), dessen Grenzen abschließend aufgezeigt werden (47f). Der auf dem Konzept des autoritären Etatismus aufbauende Beitrag von Carina Book handelt von den Rissen im deutschen Machtblock, die durch eine flüchtlingsfeindliche national-konservative Abspaltung entstanden sind. Verf. zeigt anhand von Zitaten und Medienberichten den Schulterchluss zwischen Sicherheitsapparaten und extremer Rechten auf. Die Abspaltung enthalte zwei Strömungen: »Die einen üben im Normalstaat [...] Praktiken des Ausnahmezustates ein, die den anderen nach einem möglichen Bruch dann bereits zur Verfügung stehen.« (67) Carolina Alves Vestena fragt, warum sich in Brasilien ein solch extremer Wandel vom demokratisch progressiven Experiment der Arbeiterpartei (PT) hin zur »Wahl eines rechtsextremen, frauenfeindlichen und xenophoben Präsidenten« (78) ereignen konnte und führt neben der »Widersprüchlichkeit des linken Zyklus in Brasilien« (76) einen von rechten Parteien und Gruppen verstärkten »konservativen Diskurs, der besonders wegen der ökonomischen Krise und der Korruptionsskandale gegen die PT Anklang findet« (80), als Gründe an.

Betül Yazar arbeitet die geschlechterpolitischen Auswirkungen der autoritaristischen Phase der AKP-Politik heraus. Diese führte zu einem zunehmend konservativeren Begriff von Weiblichkeit und weiblicher Sexualität (100). Auf die multiple Krise reagierte die AKP, indem sie eine ›patriarchale Moralpanik‹ inszenierte, für welche sie »gendered symbols and values« (102) nutzte, um eine Gefährdung der sozialen und moralischen Ordnung zu behaupten. Jennifer Ramme analysiert rechte Geschlechterpolitiken in Polen: »Abtreibung, Feminismus, nichtheterosexuelle Menschen und Lebensweisen« (112) werden dort von der dominierenden national-katholischen Rechten – u. a. in Form der regierenden PiS – als ›Gefahr‹ für Familie, Nation und deren katholische Werte dargestellt, wobei der Familienbegriff sich auf ein »völkisches Abstammungsprinzip« (120) beziehe. Der national-katholische Diskurs weise Ähnlichkeit mit faschistischen auf, indem er in einer gewaltvollen Sprache »Menschen über familiäre [...] Zugehörigkeit zu Gruppen« (ebd.) zusammenfasse und sie somit nicht mehr als Individuen wahrnehme.

Daniel Mullis und Paul Zschocke konstatieren die »Formierung einer regressiven Kollektivität« (133) und fordern, eine multidimensionale Analyse »von sozialen, ökonomischen und identitätspolitischen Konfliktlinien innerhalb von Prozessen der *alltäglichen politischen Subjektivierung* in den Fokus zu rücken« (137). Verf. veranschaulichen dieses Vorgehen anhand von Forschungsnotizen aus vier durch Gentrifizierung, Armut und Prekarität geprägten Stadtteilen in Frankfurt am Main und Leipzig. Joachim Becker vergleicht die Klassenpolitik von Fidesz und PiS: Beide Parteien regierten sowohl vor als auch – mit Abstand – nach der globalen Finanzkrise und seien bei ihrer zweiten Regierungsübernahme den nationalkonservativ-autoritären Umbau des Staates »offensiver angegangen als beim ersten Mal« (155). Während in Ungarn gegenüber »den populären Klassen [...] eine restriktive neoliberale Politik zum Einsatz [kommt]« (161), sei das PiS-Projekt »gesellschaftlich breiter angelegt« (ebd.), was sich etwa in der Offenheit gegenüber Gewerkschaftsforderungen und kleineren Korrekturen bei prekären Beschäftigungsverhältnissen zeige. Ausgangspunkt des Beitrags von Anne Engelhardt ist die Ermordung der afro-brasilianischen Aktivistin Marielle Franco, die die vielfältigen progressiven Proteste der vergangenen Jahre in Brasilien »in einer Person kristallisierte« (165). Die Ermordung sowie die jüngsten Klassenkämpfe ließen sich mit einem erweiterten Klassenbegriff, der sozialen Reproduktionstheorie und dem Konzept des autoritären Neoliberalismus analysieren (165f.). Sarah Lempp beschäftigt sich mit möglichen Szenarien, mit denen Bolsonaro die unter der Vorgängerregierung etablierte Quotenpolitik zur Förderung der afro-brasilianischen Bevölkerung zurückdrehen könnte. Die Maßnahmen, die »die brasilianische Schwarzenbewegung [...] als eine ihrer wichtigsten Errungenschaften der letzten zwei Jahrzehnte ansieht« (180), lehne Bolsonaro als spalterisch und überflüssig ab.

Dass autoritärer (oder rechter) Populismus mit klaren Feindbildkonstruktionen arbeitet, antiliitär auftritt und vorgibt, einen homogenen Volkswillen zu verkörpern, sind Einsichten, die in der Politikwissenschaft lange bekannt sind. Was den multiperspektivischen Beiträgen im Sammelband – der mit konzisen Thesen statt ausführlicher Darbietung empirischen Materials arbeitet – darüber hinaus gelingt, ist die Einbettung des Begriffs in eine kritische Gesellschaftstheorie, die soziale Kämpfe und demokratische Transformationen im weiterhin wirkmächtigen Neoliberalismus betont und die Vielfachkrise im Blick behält. Die Auseinandersetzung mit dem von Stuart Hall begründeten Konzept des autoritären Populismus ist allerdings weniger intensiv als der Buchtitel vermuten lässt.

So hätte etwa stärker aufgezeigt werden können, wie autoritärer Populismus den jeweils tradierten Alltagsverstand umarbeitet.

Durch die unterschiedlichen theoretischen Zugänge wird autoritärer Populismus als vielgestaltige und deshalb auf mehreren Ebenen zu bekämpfende Strategie begreifbar, mit der sich die herrschaftskritische Linke während und nach der ›Großen Unterbrechung‹ wohl noch eine Zeit lang beschäftigen muss. Außerdem wird deutlich, wie brüchig die erkämpften Erfolge in der liberalen Demokratie sind und warum es nötig ist, diese zu verteidigen um perspektivisch über sie hinausgehen zu können.

Sebastian Neumann (Frankfurt am Main)

Opratko, Benjamin, *Im Namen der Emanzipation. Antimuslimischer Rassismus in Österreich*, transcript, Bielefeld 2020 (361 S., E-Book, freie Verfügbarkeit)

Als ›Geburtsstunde‹ der *Islamophobia Studies* gilt der *Runnymede Report* 1997 des Think-Tanks *Runnymede Trust*, mit dem Titel *Islamophobia: A challenge for us all*. (23f.) Die Kategorie etablierte sich ab den 1980er Jahren in muslimischen Communities in London und Birmingham und wurde aus diesem Grund vom *Runnymede Trust* übernommen, obwohl *Islamophobia* im Report »gleich zweimal als ›nicht-ideal‹ bezeichnet wurde (24). Islamophoben Einstellungen liegt dem Report nach ein über acht Dimensionen bestimmtes »geschlossenes Islambild« zugrunde. (25) »Während der Begriff ›Islamophobia‹ zwischen 1990 und 1999 287 mal (sic!) in wissenschaftlichen Artikeln auftauchte, die von der Datenbank Google Scholar erfasst werden, zählten sie vom Jahr 2000 bis 2009 5.650 Nennungen des Begriffs, und allein in den Jahren 2010 bis 2012 kam ›Islamophobia‹ 6.240 mal vor.« (21). Es entwickelten sich daneben weitere alternative Bezeichnungen: *Islam(o)phobie*, *Islamfeindlichkeit*, *Antimuslimismus*, *Antiislamismus*, *Muslimfeindlichkeit*, *Muslimfeindschaft*, *antimuslimischer Rassismus*. In den letzten zehn Jahren verstärkten Debatten zum ›Islam‹ und zur Terrororganisation ›Islamischer Staat‹ (IS) diesen Trend (32).

Dem *Runnymede Report* setzt Verf. das Konzept eines *hegemonialen historizistischen antimuslimische Rassismus (amR)* entgegen, das er auf Basis einer »hegemonietheoretische[n] Rassismusanalyse« entwickelt. Hegemonie ist »empirisch fassbar« (156), erschließt sich aus vergangenen wie gegenwärtigen »Effekten« rassistischen Handelns (157). Für Verf. ist eine ›offene‹ oder ›geschlossene‹ Haltung zum Islam kein relevanter Maßstab, um amR zu bestimmen. Ausgangspunkt seiner Überlegungen sind im Sinne einer kritischen Rassismustheorie drei zentrale Kerntheoreme: »Rassismus produziert sein Objekt als abstrakte Figur; Rassismus entwirft ein Selbstbild; und Rassismus erfüllt gesellschaftliche Funktionen.« (70) Ein historizistischer amR ist im »buchstäblichen Sinne [...] ein *Rassismus ohne Rassen*«. (318)

Einstündige Interviews mit 18 »fest angestellten RedakteurInnen« der Tageszeitungen *Heute*, Österreich, Kronenzeitung, Der Standard, Die Presse, Kurier und *Kleine Zeitung*, der Wochenzeitungen *News* und *profil* und der größten Nachrichtensender *ORF* und *ATV liefern das Analysematerial*. (166) »Die interviewten JournalistInnen werden im Ansatz der hegemonietheoretischen Rassismusanalyse konzeptionell als ›organische Intellektuelle‹ gefasst« (16), die nach Gramsci Teil jener »zivilgesellschaftlichen Organe« sind, die für die »Hervorbringung der öffentlichen Meinung« zentral sind: »Presse und Medien«. (165) Analysiert werden am Material »*Topoi der muslimischen Frage*« und die in ihnen eingelagerten »Artikulationsformen« des amR (167). Zentrale »temporalisierende Marker« (211) sind in den Interviews ›1968‹, die ›Kreisky-Zeit‹ und